

Klimaschutzkonzept 2030 im Haushaltsplan 2021

Klimaschutz ohne Kompromisse

Liebe Gemeinderatsfraktionen,

Karlsruhe hat den **Klimanotstand** ausgerufen und mit der Beteiligung vieler Bürger*innen und zivilgesellschaftlicher Gruppen ein **Klimaschutzkonzept** mit konkreten und messbaren Zielen ausgearbeitet, die bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus umgesetzt werden sollen.

Die Abschätzung der Kosten beläuft sich auf ca. **40 - 50 Mio. Euro** pro Jahr.

In den Haushaltsreden des Gemeinderates zum Haushalt 2021 vom 20. Oktober 2020 signalisieren einige Fraktionen wenig bis keine Zustimmung dafür. Es ist die Rede von einer **Kürzung** dieser Summe auf **weniger als die Hälfte** - und das auch von Parteien, die sich klar und deutlich für Klimaschutz ausgesprochen haben.

In der online-Diskussion vom 7. November 2020 mit Frank Mentrup, Zoe Mayer und Fridays for Future wurde als Begründung z.B. erwähnt, dass **Planungskapazitäten und Prozesse erst hochgefahren** werden müssten.

Diese Argumentation halten wir teilweise für nachvollziehbar, da beispielsweise das langfristige Sanierungskonzept für städtische Gebäude oder der Umbau des städtischen Fuhrparks nicht ohne eine gewisse Vorlaufzeit realisierbar sind.

Auch die „Umwidmung“ von Mitteln, die beispielsweise für den Straßenbau vorgesehen sind, ist aus unserer Sicht vertretbar - allerdings nur wenn diese tatsächlich für Klimaschutzmaßnahmen, wie z.B. den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur, verwendet werden.

Um die genannten Planungskapazitäten zu schaffen und Prozesse hochzufahren **wird motiviertes und engagiertes Personal benötigt**. Deshalb haben wir **kein Verständnis dafür**, dass bereits im ersten Haushalt **weniger Personalstellen geschaffen werden sollen, als es das Klimaschutzkonzept vorsieht**, vor allem da die Personalkosten mit knapp 3,5 Mio. Euro weniger als 8 % der vorgesehenen Gesamtsumme ausmachen.

Die Summe von 40 - 50 Mio. Euro pro Jahr sind ein Durchschnittswert für die nächsten Jahre bis 2030. Wenn jetzt mit weniger als der Hälfte kalkuliert wird, bedeutet das, dass in den Folgejahren noch deutlich mehr in die Hand genommen werden muss.

Wir fordern eine **transparente Finanzplanung für die nächsten 10 Jahre**, aus der klar hervorgeht, wann welche Mittel wofür eingesetzt werden. Darüber hinaus wünschen wir uns eine jährliche Berichterstattung darüber, welche Maßnahmen zur Einsparung von Emissionen erfolgreich waren und welche nicht. Bei letzteren muss die Strategie angepasst werden, um die Emissionsziele doch noch zu erreichen.

Viele **engagierte Menschen in Karlsruhe und auf der ganzen Welt** setzen sich, teilweise seit vielen Jahren, dafür ein, dass sich die **wissenschaftlichen Erkenntnisse zur menschengemachten globalen Erwärmung**, mit all ihren verheerenden Folgen, unter denen wir bereits heute leiden, in politischem Handeln widerspiegeln.

Karlsruhe möchte bis **2050 klimaneutral** werden. Andere Städte haben noch deutlich ambitioniertere Ziele, dabei liegt Karlsruhe schon jetzt in einer der wärmsten Regionen Deutschlands. München will die Klimaneutralität bis 2035 schaffen,¹ Münster,² Tübingen³ und **andere** schon bis **2030**.

Es wäre ein fatales Signal, wenn das Klimaschutzkonzept nicht schnellstmöglich mit höchster Priorität umgesetzt würde. Auch und gerade in Zeiten der **Pandemie**, denn diese ist eine **direkte Folge der umwelt- und wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen** der letzten Jahrzehnte.⁴

Wir finden, diese Politik darf auf keinen Fall fortgesetzt werden.

Es ist **keine Zeit zu verlieren**. Wir hätten die nötige Transformation wesentlich günstiger, einfacher und mit weniger Einschnitten für uns alle haben können, doch leider wurden die entsprechenden Weichen in der Vergangenheit nicht gestellt.

Jetzt müssen die Kosten und Anstrengungen dafür in die Hand genommen werden, bevor es zu spät ist.

Wenn die CO₂-Emissionen innerhalb der EU weiterhin so hoch sind wie aktuell, ist unser **verbleibendes Budget** innerhalb von etwa **7 Jahren aufgebraucht**. Dieses Budget wurde auf der Grundlage ermittelt, die Erderwärmung auf maximal 1,5° zu begrenzen - und dies mit einer Wahrscheinlichkeit von nur 50 bis 67 %.⁵

Laut einer Studie der EU ist nichts weniger als die **menschliche Existenz bedroht**, sollten die Temperaturen über 2030 hinaus um mehr als 1,5° ansteigen.⁶

Wir fordern Sie auf, dem **Klimaschutz** die gebührende **Priorität** einzuräumen und dem Klimaschutzkonzept die nötigen Finanzen, das nötige Personal und das nötige Engagement zur Verfügung zu stellen.

1 München - Klimaneutral bis 2035, https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Gesundheit-und-Umwelt/Klimaschutz_und_Energie/Klimaneutralitaet.html

2 Münster - Unser Klima 2030, <https://www.stadt-muenster.de/klima/unser-klima-2030.html>

3 Tübingen klimaneutral 2030, <https://www.tuebingen.de/29645.html>

4 COVID-19-Konjunkturpakete müssen Leben retten, Lebensgrundlagen schützen und die Natur bewahren, um das Risiko künftiger Pandemien zu verringern, https://ipbes.net/sites/default/files/2020-04/COVID19%20Stimulus%20IPBES%20Guest%20Article_German_0.pdf

5 Stellungnahme der Scientists for Future zu den „Forderungen von Fridays for Future Deutschland an die deutschen Vertreter*innen auf EU-Ebene“, <https://www.scientists4future.org/stellungnahme-fff-forderungen-an-eu/>

6 Global Trends to 2030: Challenges and Choices for Europe, <https://www.iss.europa.eu/content/global-trends-2030-%E2%80%93-challenges-and-choices-europe>

Über die Gemeinwohl-Ökonomie

Die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) beschreibt eine alternative Wirtschaftsordnung zu Kapitalismus und Kommunismus. Sie versteht sich als liberale und ethische Marktwirtschaft, die nicht auf Gewinnstreben und Konkurrenz beruht, sondern auf Gemeinwohl-Streben und Kooperation. Erfolg wird nicht primär an finanziellen Kennzahlen gemessen, sondern mit der Gemeinwohl-Prüfung für Investitionen, mit der Gemeinwohl-Bilanz für Unternehmen und mit dem Gemeinwohl-Produkt für eine Volkswirtschaft. Ziel ist es, die Gesetze der Marktwirtschaft mit den Grundwerten demokratischer Gesellschaften in Übereinstimmung zu bringen. Diese Vision setzt die GWÖ-Bewegung auf wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Ebene um.